

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Bandes.

Einheit wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementssatz 5 M. pro Quartalsjahr. Zu begleichen durch
alle Postanstalten. Für Bandesmitglieder unentgeltlich.

Berantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Auszugsdruck: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16. Am Rüllischen Platz 2.

Inserate: Die übergeordnete Abonnementssatz über deren Raum 8 M.
Arbeitsermittlungen 4 M. pro Seite.
Bandesanzeigen 1 M. pro Seite.

Der Kampf in Ostpreußen.

Seit einem Quartalsjahr läbt im ostpreußischen Holzgewerbe ein erbitterter Kampf um die Festlegung tariflicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ohne in der Öffentlichkeit viel Lärm zu schlagen, stellen unsere Kollegen in müsterhafter Ordnung ihren Mann, weil sie wissen, daß es sich um ihre eigene Existenz handelt.

Bereits am 1. Juni hat unsere Organisation dem Ostpreußischen Arbeitgeberverband Verhandlungen zuwider Abschlusses eines Tarifvertrages angeboten. Ganz nach der Art echter ostpreußischer Reaktionäre hieß es der Arbeitgeberverband nicht der Mühe wert, die Forderungen der Arbeiterchaft einer Antwort zu würdigen. Erst als unsere Kollegen in Tilsit die Arbeit niedergelegt, erklärten sich die Arbeitgeber am 4. August zu Verhandlungen bereit, allerdings nur unter dem Vorbehalt, daß die Tilsiter in Silit vorher bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Diese Zunutung ist von unseren Kollegen mit Recht zurückgewiesen worden. Sie verlangten jetzt vielmehr die Anerkennung des inzwischen abgeschlossenen Reichsmantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe. Auf eine Verhandlung über diese Forderung hat sich der Arbeitgeberverband überhaupt nicht eingelassen. Stattdessen über die Anträge der Arbeiterchaft am Verhandlungstisch zu beraten, forderte der Arbeitgeberverband seine Mitglieder unter Hinweis auf den Streit in Silit auf, nicht nur jede Lohnhöhung sondern auch jede bezirksliche und örtliche Verhandlung mit dem Deutschen Holzarbeiter-Band abzulehnen. Diese Schafauderei zwang unsere Kollegen in Königsberg, Rostenburg, Lyck, Goldap, Tilsitburg und Gumbinnen zur teilweisen Arbeitseinstellung, nachdem alle Versuche, auf friedlichem Wege zu Verhandlungen zu kommen, gescheitert waren.

Natürlich ließ eine solche Auslehnung der Arbeiterchaft gegen die Willkür eines übermütigen Unternehmertums die Männer des Ostpreußischen Arbeitgeberverbandes nicht gleichgültig. In dem Glauben, den Deutschen Holzarbeiter-Band in den Gefilden Ostpreußens ausrotten zu können, wurde die Aussperrung der Tischlergeellen in den Orten Ginsburg, Ragnit, Grottkau, Löben, Angerburg und Stallupönen verfügt. Sicherlich war damit der Seitenrumpf der Leitung des Ostpreußischen Arbeitgeberverbandes noch nicht gestillt. Wenn die Aussperrung nicht noch größeres Umspann annahm, so nur deshalb, weil es auch in Ostpreußen noch Arbeitgeber gibt, die die Schafauderei des Ostpreußischen Arbeitgeberverbandes nicht mitmachen. Zur Zeit arbeiten in Königsberg allein 250 Kollegen unter den neuen Vertragsverhältnissen. Auch in Allenstein, Orlensburg und in einigen weiteren ostpreußischen Orten ist der Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe anerkannt worden.

Auf Eruchen des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen hat das Reichsgericht in Berlin am 19. Oktober d. J. haben vor dem von diesem eingesetzten Schiedsgericht die ersten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts stattgefunden.

Leider ist es nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Dagegen hat der Verlauf der Verhandlungen auch den letzten freitenden Kollegen davon überzeugt, daß es ein Beugen unter dem Vertragsauspunkt des Ostpreußischen Arbeitgeberverbandes nicht geben kann. Diese Organisation erstrebt planmäßig die Vorschriften der Arbeitsbedingungen für die gesamte ostpreußische Arbeiterschaft von den im übrigen Deutschen Reich geltenden Vertragsrechten. Nach Ansicht des Arbeitgeberverbandes wäre die Provinz Ostpreußen heute nur noch als deutsche Kolonie zu betrachten. Die Herren Arbeitgeber verleihen es zwar vorzüglich, auf ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich in allen Tonarten hinzuweisen und glühende Patriotische zu mimen, wenn es gilt, Erleichterungen im Verkehr durch den polnischen Korridor. Frachtermäßigungen für ihre Produkte und ähnliche hübsche Dinge auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu erlangen. Die Arbeiterschaft aber soll unter Zuständen, wie sie früher von den ostelbischen Jüngern angewöhnt waren, weiterleben. Bis heute warten unsere ostpreußischen Kollegen vergeblich auf die Anerkennung eines neuenlichen Vertragsrechtes. Selbst in der Großstadt Königsberg wird den Arbeitern bis jetzt hartnäckig die Gewährung von Ferien verweigert.

Geraeum mittelalterliche Ansichten sind bei den Verhandlungen von dem Führer der Arbeitgeberorganisation einem recht forschen Akademiker verzeigt worden. Mit prahlendem Wissen und mit Kenntnissen über die Arbeitsverhältnisse der Holzbranche ist dieser Herr sicherlich nicht belastet. Immer nach der Methode, daß man verpflichtet ist, um nichts von Dingen zu reden, von denen man am wenigsten weiß, ist er entrustet sich der Vertreter der Arbeitgeber sehr, daß Arbeiterschaft verlangt, bei der Feststellung der Altordnung aufzuhören zu arbeiten. Der Arbeitgeber müsse also bereit sein, den Preis der Arbeiten zu bestimmen. Die Forderung eines prozentigen Lohnzuschlages für Altordnung ist vorübergehend in Sünderlande beobachtet werden müssen, bei der für ostpreußische Verhältnisse unentzimbar. In den Arbeitsnachweise vertragten Zuschläge in seinem Falle gemacht werden. Allerdings nahmen die Arbeitgeber nie für das Recht in Abspruch, unbefriedigt um das Recht der Arbeiterschaft Arbeit zu lassen und unter vollständiger Ausnutzung des Arbeitsmarktes zu stellen zu dürfen. Die Anerkennung eines Betriebspatriotismus wird grundsätzlich abgelehnt, weil

die Arbeitgeber nach dem habsurden Auspruch ihres Geschäftsführers Herr im Hause bleiben wollen. Mit sehr vornehmer Geste behandeln die Arbeitgeber die Lohnfrage. Sie sind nach ihrer Darstellung von der Notwendigkeit einer Lohnhöhung überzeugt. Als aber unsere Königsberger Kollegen einen vertraglichen Durchschnittslohn von 8,50 M. verlangten, wurde diese Forderung von dem Führer der Arbeitgeber mit Lohnlücken quittiert.

Angesichts dieser Sachlage wäre es wahrscheinlich auch dem tückigsten Schiedsrichter kaum möglich gewesen, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken. Dem vom Reichsministerium eingezogenen Schlichtungsausschuß konnte die Einigung um so weniger gelingen, als sich dessen Vorsitzender von vornherein damit begnügen wollte, lediglich eine Lohnzulage festzulegen und die Regelung der vertraglichen Verhältnisse bis auf weiteres zu vertagen. Erst auf energisches Drängen der Arbeitnehmervertreter konnte eine Ausprache über die Vertragsforderungen ermöglicht werden. Nach stundenlangen Beratungen zwischen den streitenden Parteien stellte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses fest, eine Verständigung über die Schaffung eines Tarifvertrages sei unmöglich, es empfehle sich daher, wenigstens über die Arbeitslöhne eine Entscheidung zu treffen. Die etwas unverständbare Summierung des Schiedsgerichts, das zur Entscheidung der Vertragsstreitigkeiten angerufen war, und das die Arbeitgeber, ohne den eigentlichen Streit zu schildern, mit einem paar wenigen Lohnhöhung abpeisen wollte, haben unsere Vertreter zurückgewiesen. Auch die Arbeitnehmervertreter des Schiedsgerichts haben unter Protest gegen die mißwürdige Haltung des Schiedsgerichtsvorstandes das Verhandlungstool verlassen. Damit waren die Verhandlungen gescheitert.

Auf beiden Seiten wird der Kampf seither mit unverminderter Schärfe weitergeführt. Der ostpreußische Arbeitgeberverband hat inzwischen das gesamte Unternehmertum aufgerufen, um die lämpischen Holzarbeiter zu Paaren zu treiben. Die Arbeitgeber aller Industriezweige haben sich verpflichtet, eine Unterstützungsstelle für die notleidenden Holzindustriellen zu gründen. Man hofft, in kürzer Zeit einen Kampfsonds von 330 000 M. zu sammeln. Aus diesem Sonds sollen die armen Tischlermeister gepeist werden, damit sie den Kampf solange aushalten können, bis die Kosten des Deutschen Holzarbeiter-Bandes leer sind.

Das Schwingen des Klingelbeutels passt eigentlich nicht so recht zu den großspurigen Löhnen des Ostpreußischen Arbeitgeberverbandes. Auf keinen Fall werden sich unsere Kollegen durch die Maßnahmen der Unternehmer einschüchtern lassen. Sie lämpfen um menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und werden den Kampf nicht eher aufgeben, bis ihnen diejenigen Rechte eingeräumt werden, die von den Arbeitgeberverbänden des ganzen Reichs längst anerkannt sind.

Unstimmigkeiten in der Außenhandelsstelle für die holzverarbeitende Industrie

In den Ausschuss über die Außenhandelskontrolle, den wir in der vorigen Nummer der "Holzarbeiter-Zeitung" abgedruckt haben, ist Ursprung und Zweck dieser Einrichtung beschrieben. Es gibt eine große Zahl von Außenhandelsstellen für die verschiedenen Industriezweige, für die Holzindustrie hauptsächlich zwei in Betracht, nämlich die bereits erwähnte Außenhandelsstelle für Rohholz und Erzeugnisse der Sägewerksindustrie und die Außenhandelsstelle für die holzverarbeitende Industrie". Die Stellung der Unternehmer zur Außenhandelskontrolle ist nicht einheitlich. Während der Außenhandelsausschuß für die holzverarbeitende Industrie einmütig für die Beibehaltung der Außenhandelskontrolle ist, sind die Unternehmer in der Außenhandelsstelle für Rohholz die schärfsten Gegner dieser Einrichtung. Sie haben sich seinerzeit gegen die Einführung der Außenhandelsstelle geworfen, und sie nutzen jede Gelegenheit, um gegen sie anzukämpfen.

In dem Kampf gegen die Außenhandelskontrolle werden die Sägewerksbesitzer und Holzhändler wirklich unterstützt vom "Holzmarkt" einem täglich erscheinenden Fachblatt, das sich "Amtliches Organ zur Bekanntmachung der Holzverkäufe der preußischen Staatsforstverwaltung und der meisten anderen auf desstaatlichen Forstbehörden" nennt und offizielles Organ zahlreicher Verbände von Sägewerksbesitzern und Holzhändlern ist. Der "Holzmarkt" bekämpft nicht nur die Außenhandelskontrolle in der Sägewerksindustrie, er hat auch die Außenhandelsstelle für die holzverarbeitende Industrie mit ferner "Liebevollen" Aufmerksamkeit bedacht und dabei Methoden angewendet, die nicht immer über jeden Zweifel erhaben waren.

Wenn er jetzt einen Erfolg erzielt hat, auf den er sehr stolz ist, so kommt dieser nicht allein auf sein Konto, und außerdem begibt es noch nichts gegen die Sache, wenn einer ihrer Träger zu Fall gekommen ist.

An der Spitze jeder Außenhandelsstelle steht der "Reichsbevollmächtigte", der auf Vorschlag des Außenhandelsausschusses von der Regierung ernannt wird. Er ist seine Tätigkeit nach den Richtlinien aus, die vom Außenhandelsausschuß aufgestellt werden, zu dessen Beauftragter auch die Überwachung der Verwaltungsführung des Außenhandelsausschusses gehört. Der Außenhandelsausschuß ist eine paritätisch zusammengesetzte Kooperativfirma, die in der Regel vierst.

jährlich zu einer Sitzung zusammentritt. Die fortlaufende Wahrnehmung der Aufgaben des Außenhandelsausschusses liegt hauptsächlich in den Händen seiner Vorsitzenden, von denen der eine Arbeitgeber, der andere Arbeitnehmer ist. In der Außenhandelsstelle für die holzverarbeitende Industrie wird diese Funktion von Herrn Koniegn (Breslau) und unserem Kollegen Ahlemeyer ausgeübt. Zum Reichsbevollmächtigten dieser Außenhandelsstelle war Herr Fleischmann, Inhaber der Möbelfirma Trund u. Co., ernannt worden, der den Posten überwältiglich vertritt.

Die Außenhandelsstelle ist ein ziemlich umfangreicher Gewerbebetrieb mit zahlreichen Angestellten. Der Exporteur oder Fabrikant, der Waren ins Ausland verkaufen will, muß die Erlaubnis dazu vom Reichsbevollmächtigten einholen und an diesen die vorgeschriebenen Gebühren zahlen. Dazu müssen die erforderlichen Unterlagen geliefert werden, insbesondere also die Rechnungen, aus welchen der vereinbarte Preis der Ware ersichtlich ist. Die Prüfung der Gesuche erstreckt sich auf die Gültigkeit der Ausfuhr überhaupt und auf die Angemessenheit des Preises. Hierfür bedient sich der Reichsbevollmächtigte der Mitwirkung von Preisprüfern, die sind meist Unternehmer aus der betreffenden Spezialbranche. In ähnlicher Weise unterliegt auch die Einfuhr einer Kontrolle; manche Waren sind für die Einfuhr grundlegend gesperrt, für andere darf der Reichsbevollmächtigte von Fall zu Fall Ausnahmen gestatten.

Diese Andeutungen lassen erkennen, daß auf dem Reichsbevollmächtigten schwere Verantwortung lastet. Er sowie die Preisprüfer erhalten Kenntnis von Geschäftsgeheimnissen, die der Exporteur sonst jenseits vorstehenden Bildern hütet. Eine Verfügung des Reichsministers, die gestattet, daß der Name des Empfängers der Ware in dem Ausfuhrgebuch nicht genannt wird, erschwert den Missbrauch; immerhin sind die in Frage kommenden Stellen, welche die Ausfuhranträge zu behandeln haben, in sehr hohem Maße Vertrauensstellen, daß sie nur mit Männern befreit werden können, die völlig einwandfrei sind und die das ihnen entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen.

Die Angriffe, die der "Holzmarkt" des öfteren gegen einige Herren in der Außenhandelsstelle für die holzverarbeitende Industrie erhob, waren nicht geeignet, das Vertrauen zu erkranken, zumal hinter diesen Angriffen die mit ihnen verbündeten Sonderinteressen deutlich sichtbar waren, so daß es den Verdächtigten meist nicht sehr schwer fiel, sich zu rechtfertigen. Trotzdem hat unser Verband vorstand die Dinge aufmerksam verfolgt. Ist auch der Verband an der Außenhandelskontrolle nicht materiell interessiert, so ist doch durch den Handel, daß eine Unzahl Verbandsmitglieder dem Außenhandelsausschuß angehören, die Ehre des Verbandes engagiert. Als deshalb unser Verbandsvorsteher Kollege Tarnow, von einem Gerücht Kenntnis erhielt, nach welchem einer Firma die Erlaubnis zur Einfuhr einer sehr großen Menge von Sperholzplatten erteilt worden sei, obwohl die Einfuhr dieses Artikels unzulässig ist, nahm er das zum Anlaß für eine Untersuchung. Der Reichsbevollmächtigte, Herr Fleischmann, legte ihm hierbei Papiere vor, mit denen er nachwies, daß es sich bei diesem Geschäft nicht um für die Einfuhr verbotene Sperholzplatten, sondern um Zigarettenholz handelte. Da der Verdacht aber damit nicht völlig zerstreut war, wurde der Reichsbevollmächtigte veranlaßt, durch telegraphische Anweisung an das Grenzollamt die zu erwartende Sendung festzuhalten, um so Gelegenheit zur Nachprüfung zu geben.

So stand die Angelegenheit, als der "Holzmarkt" am 24. Oktober einen sensationell aufgepusteten Artikel über die Zustände in der Fleischmannschen Außenhandelsstelle für die holzverarbeitende Industrie veröffentlichte. In diesem Artikel ist die Rede von Sperholzplatten im Werte von 6 Millionen Mark, für welche Fleischmann unter Umgehung des regelmäßigen Geschäftsganges die Einfuhrerlaubnis erteilt habe. Die Abgabe in Höhe von 300 000 M. habe er erst einige Monate nach ihrem Eingang ebenso wie auch das ganze Geschäft, erst dann in die Bücher eingetragen lassen, als die Sache rückbar geworden war. Weitere Vorwürfe in dem Artikel richteten sich gegen die Kostenführung, in welcher die größte Unordnung herrschte; es fehle die notwendige Trennung zwischen den Kosten der Außenhandelsstelle, der Firma Trund u. Co. und des Herrn Fleischmann persönlich. Viele und ähnliche Anklagen, die mit großer Sicherheit vorgetragen wurden, veranlaßten unseren Verbandsvorsteher zu erneutem Eingehen. Er machte der Regierung sofort Mitteilung von den Angriffen und bat sie, die Außenhandelsstelle zu revidieren.

Um auch seinerseits nichts zu verschwätzen, veranlaßte unser Kollege Tarnow unter Begleitung der beiden Vorsitzenden der Außenhandelsstelle und eines weiteren Arbeitgebervertreters am 28. Oktober eine Untersuchung über das fragliche Sperholzgeschäft, konnte auch jetzt noch keine Klarheit gewonnen werden; dagegen wurde festgestellt, daß Gelder der Außenhandelsstelle, übrigens ganz bedeutend kleinere Beträge, als der "Holzmarkt" genannt hatte, erst monatelang, nachdem sie von Fleischmann vernommen worden waren, für die Außenhandelsstelle gebucht wurden. Auch sonst ergab sich in der Geschichte und Ausführung der Außenhandelsstelle so eigenartige Durcheinander, daß Kollege Tarnow darüber einen eingehenden Bericht an das Wirtschaftsministerium erstattete. Inzwischen boten die "Holzmarktfreunde" verschiedene, die Staatsanwaltschaft eingegangen, und man wird des Ergebnis ihrer Untersuchung abwarten müssen. Dies will auch die Regierung tun,

glaubt, seine Auftraggeber über die erlittene schwere Niederlage nicht trösten zu können, daß er ihnen vorzeichnet, welchen Schaden die — Arbeiter von dem Streit hatten. Herr Borsdorf hat die „Holzarbeiter-Zeitung“ und die sonstigen Veröffentlichungen der Holzarbeiter aufmerksam gelesen und steckt darüber nachgedacht. Das Ergebnis seiner geistigen Auseinandersetzung veröffentlicht er in der „Fachzeitung“. Einleitend sagt er: „Den Berliner Arbeitgeberverbänden ist dieser Kampf aufgezwungen worden, und die Berliner Arbeitgeber des Holzgewerbes haben bei diesem Kampf gezeigt, daß sie nicht gewillt sind alles, was der Deutsche Holzarbeiter-Verband fordert, ohne weiteres anzunehmen. Man kann getrost behaupten, daß die Vereinigten Verbände der Berliner Holzarbeiter ihre Feuerprobe gut bestanden haben.“

Das steht, kurz nach der schweren Niederlage, die den Berliner Schärmacher in erlitten hat, tatsächlich in der „Fachzeitung“. Am Kopf des Artikels steht ausdrücklich, daß der Oberamtsrat Borsdorf sein Verhältnis ist; das reicht uns der Wille gegen die wiederholte Sache zu polemisiern. Es fällt uns auch nicht ein, von Borsdorf ausgemachten Rechnungen nachzuprüfen. Nur die Ergebnisse bei mitgeteilt. Hinterher hätten die freikommenden Berliner Fischer einen Lohnausfall von 25 Millionen Mark geahnt, aber nur knapp 6 Millionen Mark Streitunterstützung zugesetzt. In den neuen Stellwochen hätten alle 92 Millionen Mark Werte herabgestellt werden können. Herr Borsdorf bestreitet auch die Entlohnungssteigerung vom Lohn der Arbeiter, die durch die Lohnsteuer, die dem Staat verlorengangen ist, und erwähnt so nebenbei, daß bei der Produktion von 12 Millionen auch den Arbeitgebern ein Verdienst von 4 bis 5 Millionen Mark gehabt haben wäre, der ihnen durch den Streit verlorengegangen ist. Ausdrücklich betont Herr Borsdorf, daß keine Differenz nicht zu hoch genommen seien. Wie geben ihm dann zu, daß er den Verdienst der Unternehmer im Verhältnis zum Wohl kaum außerordentlich bescheiden angestellt hat. Aber es ist ja dazu angestellt, die Sache der Unternehmer zu verteidigen, und es könnte ihm schlecht bekommen, wollte er in der Öffentlichkeit über den entgangenen Profit und die sonstigen Vorteile der Unternehmer wahrheitgetreu Angaben machen. Es liegt uns fern, mit Herrn Borsdorf über die Richtigkeit eines Zahlen zu streiten. Wie geben ihn gern zu, wir haben es auch wiederholt selbst betont, daß die Berliner Holzarbeiter sich ganz außerordentlich für unsere Forderungen aufgerichtet haben, um die Unternehmer zur Anerkennung des Reichsmautelvertrages zu bewegen. Aber sie ziehen diese Opfer nicht, denn sie haben ihnen den gewollten

Erfolg gebracht. Sie werden jederzeit wieder auf dem Plan erscheinen und mit dem gleichen Optimismus ihren Mann stehen, wenn es die Unternehmer gefüllt sollte, eine solche Machtvorteile zu wiederholen. Herr Borsdorf zieht aus seiner Berechnung den Schluß, daß es für alle Teile vorteilhafter wäre, solche Kämpfe zu vermeiden. Daß er dabei vornehmlich die Arbeitnehmer apostrophiert, ist er seiner Stellung schuldig, daran darf man kein Gewicht legen. In Wirklichkeit meint er damit natürlich die Arbeitgeber, die blindlings ihren diktatorischen Führer gefolgt sind und sich dabei in die Nesseln gesetzt haben. Die Borsdorffsche Epistel bedeutet ein Stück Selbsterkennnis, und diese ist bekanntlich der erste Schritt zur Besserung. Herrn Borsdorf und seinen Freunden wünschen wir gute Fortschritte auf diesem Wege.

Die Holzpreise steigen.

Die Jagd nach Sachwerten, die an der Börse zu wilden Spekulationen Anlaß gibt und die Kurse der Industriepapiere zu schwindelerregender Höhe hinaufstiegen, hat auch den Holzmarkt erfaßt. Die Holzpreise steigen mit unheimlicher Schnelligkeit. Bezeichnend ist die folgende Mitteilung aus Fachkreisen, welche die „Frankfurter Zeitung“ am 2. November veröffentlicht: „Die Preistreigerung am Holzmarkt schreitet weiter fort. In der ersten Oktoberhälfte stiegen die Preise langsam, z. B. für Stammparke vom Sägewert zum Großhandel von 1000 M. auf 1100 M. je Kubikmeter frei Schneideimühle. Erst in der letzten Woche ist der Preis sprunghaft in die Höhe gerungen, anfangs auf 1200 M., dann auf 1300 M., zuletzt sind sogar einige Abhälften zu 1400 M. zu stande gekommen. Die Nachfrage ist sehr groß, alle Holzvorräte, auch die weniger beliebten Ausmessungen, finden sofort Abschöpfer. Besonders starke Nachfrage besteht nach Bauholz, ohne daß in allen Fällen angenommen werden kann, daß es sich um einen Bedarf des Verbrauchs handelt.“

Auf diese Tatsache nämlich, daß es sich bei den Räumen vielleicht um Spekulationsabschläge handelt wird auch von anderer Seite hingewiesen. In der Hoffnung auf weitere Preistreigerung werden die Holzläger gefüllt, während die Verbraucher Wille haben ihren Bedarf zu decken. Natürlich wirkt die Steigerung des Holzpreises zurück auf die Preise der Erzeugnisse der Holzindustrie. Diese Haufe auf dem Holzmarkt ist eine Folge des Kurssturzes der Mark. Die „patriotischen“ Kapitalisten spekulieren darauf, daß die Mark noch weiter steigt. Im Interesse des deutschen Volkes kann man nur hoffen, daß diese Spekulation schlägt.

Gewerkschaftliches.

Ein unzulässiger Vergleich.

Wie in vielen anderen Gewerkschaften, so wird zurzeit auch im Verband der Sattler und Tapezierer eine Beitragserhöhung durchgeführt. Eine Vorlage die den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet wurde, bemüht die Erhöhung des Beobachtungsbeitrages in der höchsten Beitragsklasse von 3 M. auf 4,20 M. In einem Ausschus in Nummer 43 des Verbandsorgans wird die Vorlage der Verbandsleitung begründet und dabei werden Vergleiche gezogen zwischen Beitrag und Leistung nach der Annahme der Vorlage und der entsprechenden Einrichtung im Deutschen Holzarbeiter-Verband. Alles Ergebnis dieses Vergleichs wird festgestellt, daß der Verband der Sattler und Tapezierer für den Beitrag von 4,20 M. mehr leiste als der Deutsche Holzarbeiter-Verband für 5 M.

Es ist immer eine etwas missliche Sache, denartige Vergleiche anzustellen. Sie wären zulässig, wenn die Gewerkschaften Verbindungsseinrichtungen wären, bei denen das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung ein brauchbarer Maßstab für die Güte der Einrichtung ist. Die Gewerkschaften haben aber außer der Gewährung von Unterstützungen noch einige andere Aufgaben zu erfüllen, die schließlich noch wichtiger sind als die Unterstützung der Mitglieder. Der Kreis dieser Aufgaben und die Weise, wie sich ihrer Erfüllung entgegenstellen, sind sehr unterschiedlich. Das ist ein Hauptgrund für die großen Unterschiede in der Beitragshöhe der verschiedenen Organisationen. Die kürzlich veröffentlichte Gewerkschaftsstatistik für 1920 ist in dieser Hinsicht sehr lehrreich. Da sind z. B. die Ausgaben der Gewerkschaften pro Kopf der Mitglieder berechnet. In dieser Zusammenstellung figuriert in der Rubrik: „Ausgaben für Baubewegungen, Streiks und Aussperrungen“ der Deutsche Holzarbeiter-Verband mit 41,89 M., während der Verband der Sattler für diesen Zweck mit 10 M. auskommt. Das deutet darauf hin, wie es kommt, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband höhere Beiträge braucht. Man darf auch auf unsere großen Tarifkämpfe hinweisen, bei welchen es sich keineswegs nur um die Erringung höherer Löhne gehandelt hat, sondern bei denen die Holzarbeiter als die Bioniere für die Durchsetzung grundsätzlicher Arbeitersforderungen auftraten. Solche Dinge darf man nicht übersehen, wenn Beitragshöhe und Unterstützungsleistungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes von anderen Organisationen zu vergleichen herangezogen werden.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das zweite Vierteljahr 1921.

Einnahmen	Hauptklasse		Verwaltungsstellen		Zusammen		Ausgaben	Hauptklasse		Verwaltungsstellen		Zusammen	
	Mit.	Pf.	Mit.	Pf.	Mit.	Pf.		Mit.	Pf.	Mit.	Pf.	Mit.	Pf.
Beitrittsgehalt zu 100 Pf.	1	—	11 172	—	13 742	50	Reiseunterstützung	14 787	70	14 787	70	14 787	70
" 50 "	—	50	2 569	—	—	—	Urzugsunterstützung	8 501	—	9 675	20	—	—
Beiträge zu 500 Pf.	915	—	4 263 958	—	—	—	Arbeitslosenunterstützung	368	50	1 241 420	20	1 241 788	79
" 400 "	400	—	3 688 015	—	—	—	Krankenunterstützung	148	75	614 877	66	645 026	41
" 300 "	300	—	794	50	—	—	Unterstützung in Sterbefällen	—	—	42 335	—	5 541	—
" 200 "	200	—	1 492 512	—	—	—	Hofstallunterstützung	—	—	—	—	3 264 065	04
" 150 "	150	—	2 266 890	—	—	—	Streiks und Aussperrungen	—	—	15 225	65	—	—
" 100 "	100	—	1 297	50	—	—	Gehaltsregeltenunterstützung	—	—	16 392	14	—	—
" 75 "	75	—	844 612	—	—	—	Rechtschutz an Mitglieder	—	—	3 541	80	—	—
" 50 "	50	—	1 869	—	—	—	Prozeßkosten (Verbandsprozesse)	—	—	5 136 228	45	—	—
Gebr. Beitrag	95 262	65	—	—	—	—	Holzarbeiter-Zeitung	543	628	74 915	75	—	—
Runden	95 262	65	—	—	—	—	Frauenblatt, Jugendblatt, Betriebsrat	74	915	217	45	—	—
Sonstige Einnahmen	5 381	98	—	—	—	—	Osziata	217	45	—	—	63	55
Guthaben der Volkkassen	323 986	13	—	—	—	—	Gewerkschaftliche Frauenzeitung	—	—	—	—	—	—
Gefahrneinnahmen	108 826	63	18 808 017	15	13 916 843	78	Bibliotheken	4 072	40	—	—	4 072	40
Bußfeste aus der Hauptklasse	—	—	2 377 846	74	—	—	Agitation	4 108	75	165 840	35	169 949	13
Verwaltungsstellen eingesandt	7 064 866	—	—	—	—	—	(an die Gauvorstände)	301	874	—	—	301	874
Bestandsaufnahme vom vorherigen Vierteljahr	4 970	72	3 288 395	28	3 293 306	—	Druck- und Buchbindarbeiten	52	730	—	—	52	730
Zusammen	7 178 663	35	19 471 259	17	26 652 022	52	Konferenzen und Verhandlungen	442	806	—	—	442	806
Ablauf	13 916 843,78 M.	—	—	—	—	Verwaltungskosten (persönliche)	302	149	—	—	302	149	
Gesamteinnahmen	10 864 668,37 "	—	—	—	—	(Sachkasse)	58	282	01	—	58	282	
Gesamtausgaben	8 052 175,41 M.	—	—	—	—	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	286	884	50	—	286	884	
Gehaltsentnahmen	—	—	—	—	—	Sonstige Ausgaben	3 266	60	8 519	97	11 786	57	
Gehaltsausgaben	—	—	—	—	—	Anteil der Volkkassen an den Verbandsbeiträgen	—	—	3 062	735	11	3 062	735
Lehrkosten	8 052 175,41 M.	—	—	—	—	Guthaben der Volkkassen vom vorherigen Vierteljahr	—	—	294	219	31	294	219

Verlust und für richtig befunden:

Die Revisoren: F. Bowat, Robert Paul, S. Urban.

Im Schluß des zweiten Vierteljahrs gähnte der Verband 131 Verwaltungsstellen. Das sind sechs mehr als am Schluß des ersten Vierteljahrs und 37 mehr als am Schluß des zweiten Vierteljahrs 1920.

Die Mitgliederzahl ist im zweiten Vierteljahr um 3 208 aufgestiegen und betrug 308 893. Darauf waren 310 296 männliche, 36 195 weibliche und 16 399 jugendliche Mitglieder. Dazu kommen 31 406, die Zahl der männlichen um 1850, die der weiblichen um 1290 und die der jugendlichen um 1788. Die Ausgangsverteilung verteilt sich auf zwölf Gau, und drei Gau haben eine geringe Zunahme zu verzeichnen. Die Ausgabe, welche auch noch im zweiten Vierteljahr anhielt, hat durch den Wechsel des Verfass. dazu beigegetragen. Der Verlust ist geringer und läßt sich nach unten monatlichen Statistik mit ungelegten Werten abgrenzen.

Die aufgestiegenen wurden im zweiten Vierteljahr 11 173 männlich, 1 544 weiblich und 5 jugendliche, im Januar 10 312 Mitglieder.

Die verlorenen im zweiten Vierteljahr betrugen die Einnahmen am Schluß 13 285 287,73 M. Gegenüber dem ersten Vierteljahr ist eine Mehrentnahme von 210 000 M. zu verzeichnen.

Die Zahl der Beiträge ist im zweiten Vierteljahr 11 173 M. und die folgender Ausgaben hervor:

Beitrittsklasse I II III IV V
Männlich 87 353 84 240 73 254 04 815 21 394
Weiblich 4 276 58 2 200 184
Jugendlich 23 25 310 310

	Vierteljahr	XII	XIII	IX	X
Männliche	13 880	2 510	1 143	37	21
Weibliche	4 207	608	9 025	825	552
Jugendliche	2 381	3 490	5 082	880	2 908

